Stefan Glander: Rede zum Haushalt 2027

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Stadtvorstand, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien im Stadtrat, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

mit den Mitarbeitenden möchte ich auch meine Rede beginnen, da das Thema Personalkosten schon mehrmals in den Haushaltsreden angesprochen wurde. Ich bin davon überzeugt, dass die Digitalisierung zu Arbeitserleichterungen und einem effizienterem arbeiten führen kann. Ich bin allerdings ebenso davon überzeugt, dass wir die vor uns liegenden Aufgaben und Herausforderungen nicht mit weniger Personal, sondern nur mit mehr gut ausgebildetem Fachpersonal gemeinsam meistern können. Und ich möchte hier ausdrücklich betonen, dass es nicht verwerflich ist, wenn eine Kommune gute Arbeitsplätze zur Verfügung stellt.

Wir diskutieren heute über einen Haushalt, der mit einem Defizit in Höhe von 56,8 Millionen Euro schließt, das damit über 20 Millionen höher liegt als im Vorjahr. Das liegt jedoch nicht daran, dass Rat oder Verwaltung nicht fähig wären, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, sondern an einer Landesregierung, die ihre Kommunen im Stich lässt.

Allein der Teilhaushalt Soziales weist ein Defizit in Höhe von fast 71 Millionen Euro aus. In diesem Teilhaushalt erfüllt Kaiserslautern nur die gesetzlichen Vorgaben. Das Defizit im Teilhaushalt Jugend und Sport liegt sogar bei 84 Millionen Euro, auch dieser Teilhaushalt besteht fast ausschließlich aus der Erfüllung gesetzlicher Pflichten.

Im Teilhaushalt Gebäudewirtschaft liegt das Defizit bei fast 44 Millionen Euro, obwohl die Bauerhaltungsmaßnahmen bereits auf ein Minimum beschränkt sind, was uns in Zukunft weitaus mehr Geld kosten wird und den Investitionsstau erhöht.

Dass der Gesamthaushalt ein weitaus geringeres Defizit als diese genannten fast 200 Millionen Euro hat liegt daran, dass wir an anderer Stelle, vor allem bei den freiwilligen Leistungen sparen. Trotzdem wächst die Verschuldung schneller als vor dem hälftigen Schuldenschnitt durch das Land, weil die alte Landesregierung statt strukturellen Verbesserungen die finanzielle Situation der Kommunen strukturell verschlechtert hat.

Und dies ist nicht mehr akzeptabel. Die Belastungen sind den Menschen in unserer Stadt nicht mehr zumutbar.

Selbst das Sondervermögen Rheinland-Pfalz für Bildung, Klima und Infrastruktur mit den 87 Millionen für unsere Stadt ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. An der Maßnahmenliste, die wir in einen grünen, gelben und roten Bereich eingeteilt haben, kann man nicht nur ablesen, was wir uns in den nächsten Jahren an dringenden Investitionsmaßnamen vornehmen, sondern auch, was alles an ebenso dringenden Maßnahmen liegenbleibt.

Ich will kurz auf zwei wichtige Projekte eingehen. Zum einen die Maßnahmen zum Hitzeschutz, die ja ganz oben auf der Prioritätenliste stehen. Wie wichtig dies ist, lässt sich an den Zahlen des RKI ablesen – demnach hat dieser Hitzesommer auch in unserer Stadt zu ungefähr 47 Hitzetoten geführt. Deswegen haben wir hier dringenden Handlungsbedarf, um bereits für den nächsten Sommer die ersten Maßnahmen ergreifen zu können. Und dies ist nur ein kleiner Teil, um die vor uns liegenden Herausforderungen des Klimawandels anzugehen. Und so gut es ist, dass wir durch das Sondervermögen die Möglichkeit haben, 1,5 Millionen Euro für den Hitzeschutz einzusetzen, was wir tatsächlich brauchen sind aber keine einmaligen Hilfen, sondern eine langfristige und strukturelle finanzielle Ausstattung für Hitzeschutz, Klimaanpassungsmaßnahmen und den anstehenden Herausforderungen der Zukunft.

Leider hat es das geplante soziokulturelle Zentrum auf dem Pfaffgelände nur in den gelben Bereich geschafft. Aus der Sicht meiner Fraktion ist dies jedoch ein Projekt, das zwingend in dieses neue Stadtquartier gehört. Gerade in Zeiten, in denen der autoritäre Rechtsruck die Zivilgesellschaft zunehmend unter Druck setzt, werden solche Zentren des gesellschaftlichen und kulturellen Austauschs dringend benötigt. Zudem hat ja auch die aktuelle IHK-Umfrage zu den Standortfaktoren ergeben, dass die Unternehmen mit den weichen Standortfaktoren unzufriedener sind als noch vor vier Jahren.

Das heißt, das Leben in unserer Stadt hat an Attraktivität verloren. Mit einem soziokulturellen Zentrum kann diese Attraktivität zurückgewonnen werden.

Selbst die 87 Millionen aus dem Sondervermögen bewirken keine strukturellen Verbesserungen, sondern sind nur kurzfristige Entlastungen, die keine tragfähige Perspektive für unsere Stadt in der Zukunft bietet. Wir haben im nächsten Jahr ein Defizit von über 56 Millionen Euro, die Belastungen aus Zinsen und Finanzaufwendungen verdoppeln sich gegenüber dem Vorjahr auf 12,7 Millionen Euro und werden 2030 bereits über 20 Millionen Euro liegen. Diese negative Entwicklung der Kommunen hat auch der Städtetag Rheinland-Pfalz auf seiner Mitgliederversammlung am 4. November in Trier beklagt, auf dem der ehemalige Verfassungsrichter und frühere Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller, den grundgesetzlichen Schutz kommunaler Selbstverwaltung betont hat. Zum Beispiel, dass den Kommunen gemäß der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine auskömmliche freie Finanzspitze zusteht – die freie Finanzspitze unserer Stadt liegt übrigens nächstes Jahr im negativen Bereich. Peter Müller nannte dieses Verhalten von Bund und Land gegenüber den Kommunen „föderale Zechprellerei“.

Und daran kann auch die für nächstes Jahr vom Land Rheinland-Pfalz geplante zusätzliche finanzielle Unterstützung der Kommunen in Höhe von 850 Millionen Euro nichts ändern, wenn die Verschuldung der Kommunen im letzten Jahr bereits bei 1,3 Milliarden Euro lag, übrigens dem höchsten Wert in der Geschichte des Landes. Und das trotz dem durchgeführten Schuldenschnitt, der seine Wirkung schon wieder verloren hat.

Zudem sind die Auswirkungen der Beschlüsse der Bundesregierung auf die Menschen in unserer Stadt so gravierend, dass wir sie mit den wenigen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, nicht mehr abfedern können.

Konnte dies bisher noch einigermaßen mit Jugend- und Schulsozialarbeit, mit unseren Stadtteilbüros, mit dem Zuschuss an Vereine und dem Zuschuss an die freie Kulturszene ausgeglichen werden, ist dies unter den Bedingungen des zunehmenden Sozialabbaus und der weiteren Verschuldung unserer Stadt nicht mehr zu gewährleisten.

Die Menschen in Kaiserslautern haben schon jetzt mit Ludwigshafen das geringste verfügbare Einkommen, fast jedes fünfte Kind in unserer Stadt ist von Kinderarmut betroffen, die Überschuldungsquote in Kaiserslautern liegt durch die steigenden Lebenshaltungs- und Wohnkosten bei 16,9 % (und damit 6,3 Prozent über dem Bundesdurchschnitt) und die durchschnittliche Nettokaltmiete ist so hoch wie in Berlin. Die jetzt schon steigenden Fallzahlen in der Jugendhilfe und bei den Sozialleistungen werden zukünftig durch die Kürzungen beim Bürgergeld, bei der Gesundheitsversorgung und der Pflegereform sowie den Arbeitsmarktreformen noch zunehmen.

Diese Entwicklung gefährdet unsere Demokratie. §20 des Grundgesetzes lautet: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Und die Väter und wenigen Mütter des Grundgesetzes wussten aus der historischen Erfahrung der deutschen Geschichte, dass Demokratie und Sozialstaat zusammengehören. Wer den Sozialstaat angreift, greift auch unsere Demokratie und unsere Verfassung an. Die letzten Wahlergebnisse, auch in Kaiserslautern, haben schmerzlich gezeigt wohin dies führt.

Und wenn der Sozialstaat abgebaut wird, wird beinahe zwangsläufig der Überwachungs- und Sicherheitsstaat ausgebaut. Die Diskussionen über die Videoüberwachung in unserer Stadt und jetzt auch auf Landesebene gehen dabei in eine gefährliche Richtung. Dabei sieht die Polizei anhand der vorliegenden Kriminalitätszahlen überhaupt keinen Bedarf an einer Videoüberwachung.

Zumal wir das Thema Sicherheit in einem weitaus größeren Rahmen denken müssen:

- Wer nicht weiß, ob er sich zukünftig noch seine Miete leisten kann, lebt nicht in Sicherheit.

- Wer zukünftig bis zu vier Jahre lang befristetet beschäftigt werden kann, lebt nicht in Sicherheit.

- Wer von Armut betroffen ist, lebt nicht in Sicherheit.

- Wer nicht weiß, ob seine Aufenthaltsgenehmigung auch morgen noch gilt, lebt nicht in Sicherheit.

- Wer von den Kürzungen der Gesundheits- und Pflegereform betroffen ist, lebt nicht in Sicherheit.

- Wer sich den nächsten Einkauf nicht mehr leisten kann, lebt nicht in Sicherheit.

- Wer nicht weiß, ob er seinen Kindern in vier Wochen ein schönes Weihnachtsfest ermöglichen kann, lebt nicht in Sicherheit.

Die soziale Sicherheit abzubauen, ist weder aus demokratischer noch aus wirtschaftlicher Perspektive eine gute Idee. Und diese fehlende Sicherheit lässt sich auch mit Videoüberwachung nicht verbessern.

Also höchste Zeit, dass Gen-Z das regelt. Wenn diese Regierung das Klima, den Sozialstaat und die Demokratie gerade an die Wand fährt – und ich schäme mich wirklich für das Versagen meiner Generation – gibt uns doch zumindest das Engagement der Jugend ein wenig Anlass zu Hoffnung. Der eigentliche Skandal ist ja, dass hier für absolute Selbstverständlichkeiten demonstriert wird:

- Dass Schulgebäude nicht kaputt sind
- Dass Unterrichtsstunden nicht ausfallen
- Dass es einen funktionierenden und bezahlbaren ÖPNV gibt
- Dass die Mieten und das Leben bezahlbar sind
- Und dass die Jugend nicht als Kanonenfutter verheizt wird

Es geht hier auch gar nicht um einen Generationenkonflikt. Der tatsächliche Konflikt besteht nicht zwischen Alt und Jung, sondern zwischen Arm und Reich. Kleiner Reminder hierfür: der Vorstandsvorsitzende des Springer-Verlags, Mathias Döpfner, hat durch den Schenkungsdeal mit Friede Springer sechsmal so viel an Steuern vermieden, wie die Bundesregierung mit ihrer Bürgergeld-Reform einsparen will.

Die Antwort auf die Herausforderungen, die vor uns liegen, kann nicht ein weiterer Sparhaushalt sein, der die Verschuldung und die Zinsbelastungen unserer Stadt erhöht und unsere Handlungsspielräume in den nächsten Jahren weiter verschlechtert.

Während manche mit den aktuellen politischen Weichenstellungen in Bund, Land und auch auf kommunaler Ebene das Rad der Zeit zurückdrehen wollen, wollen wir zurück in die Zukunft. Eine Zukunft, in der ein gutes Leben für alle in unserer Stadt möglich ist. Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit zu ermöglichen, eine lebenswerte und attraktive Stadt zu gestalten, uns zumindest auf den Weg dahin zu begeben, das zählt zu unseren Aufgaben in der Kommunalpolitik. Mit dem vorliegenden Haushalt ist dies leider nicht möglich, und deswegen lehnt meine Fraktion diesen Haushalt ab.

Stefan Glander

für die Fraktion Die Linke im Stadtrat Kaiserslautern

23.11.2026